

Klare Forderungen und deutliche Kritik

Persönliche Ausgabe von
Andreas Wassner (1056390)

Vertreter zentraler Institutionen Vorarlbergs äußern sich zur Regierungsbildung im Bund. Ihre Anliegen reichen von Standortpolitik über soziale Gerechtigkeit bis hin zu kulturellen Werten.

Von Martin Begle
martin.begle@neue.at

Die Vertreterinnen und Vertreter zentraler Institutionen in Vorarlberg betonen zur Regierungsbildung im Bund unterschiedliche Schwerpunkte, die die Herausforderungen und Prioritäten ihrer jeweiligen Bereiche widerspiegeln.

Für Wisto-Geschäftsführer Jimmy Heinzl ist eine aktive Standortpolitik entscheidend, um Wertschöpfung und Beschäftigung zu fördern. Ähnlich sieht es Karlheinz Kopf, Präsident der Wirtschaftskammer Vorarlberg. Er mahnt dringend Bürokratieabbau und die Senkung der Lohnnebenkosten an,

um die Wettbewerbsfähigkeit zu sichern. Arbeitsmarktintegration, Energiepreise und steuerliche Anreize für Überstunden spielen hier eine zentrale Rolle.

AK-Präsident Bernhard Heinzle kritisiert vergangene schwarz-blaue Regierungen, deren Maßnahmen oft auf Kosten der Beschäftigten gegangen seien. Heinzle fordert stattdessen eine Sozialpolitik, die die Gesundheitssysteme stärkt und Arbeitsplätze altersgerecht gestaltet.

Soziale Gerechtigkeit. Auch im Sozialbereich gibt es Bedenken: Caritas-Direktor Walter Schmolly warnt vor einer Asylpolitik, die nicht nur rechtliche Grundsät-

ze, sondern auch Empathie und Solidarität in der Gesellschaft gefährdet. Für Patrick Breuss, Geschäftsführer von Integra, ist die Förderung von Arbeitsmarktintegration zentral, um soziale Ungleichheiten zu verhindern.

Vielfältige Erwartungen. Die kulturelle Perspektive bringt Landestheater-Intendantin Stephanie Gräve ein. Sie unterstreicht, dass Theater für Offenheit, Diversität und Kritik steht – wichtige Werte in Zeiten gesellschaftlicher Spaltung. Die verschiedenen Stimmen zeigen die vielfältigen Erwartungen an eine neue Bundesregierung – mit klaren Forderungen, aber auch deutlichen Sorgen.



JIMMY HEINZL, WISTO-GESCHÄFTSFÜHRER

„Aktive Standortpolitik“

Unabhängig von der Regierungszusammensetzung erhoffen wir uns eine aktive Standortpolitik, die Wertschöpfung und Beschäftigung fördert. KMU benötigen Investitionsförderungen, um Wachstum zu sichern. Diese Maßnahmen setzen Impulse für Beschäftigung, Bau-

wirtschaft und andere Branchen. Angesichts des demographischen Wandels ist es entscheidend, Fachkräfte zu gewinnen, die Erwerbsquote durch Kinderbe-

treuung zu erhöhen und steuerliche Anreize für Mehrarbeit zu schaffen. Bürokratieabbau ist essenziell, um Unternehmen Freiräume für Entwicklung zu geben. Vorarlbergs Wirtschaft, stark exportorientiert, braucht weiterhin Maßnahmen zur Senkung der Energiekosten, bei gleichzeitiger Sicherung von Nachhaltigkeit und Versorgungssicherheit. Ebenso zentral sind Investitionen in die Qualifizierung der Arbeitskräfte und in Forschungs- sowie Innovationsförderungen. Eine starke FHV ist unerlässlich, um die Wettbewerbsfähigkeit Vorarlbergs zu erhalten und die regionale Wirtschaft langfristig zu stärken.



treuung zu erhöhen und steuerliche Anreize für Mehrarbeit zu schaffen. Bürokratieabbau ist essenziell, um Unternehmen Freiräume für Entwicklung zu geben. Vorarlbergs Wirtschaft, stark exportorientiert, braucht weiterhin Maßnahmen zur Senkung der Energiekosten, bei gleichzeitiger Sicherung von Nachhaltigkeit und Versorgungssicherheit. Ebenso zentral sind Investitionen in die Qualifizierung der Arbeitskräfte und in Forschungs- sowie Innovationsförderungen. Eine starke FHV ist unerlässlich, um die Wettbewerbsfähigkeit Vorarlbergs zu erhalten und die regionale Wirtschaft langfristig zu stärken.

BERNHARD HEINZLE, AK-PRÄSIDENT

„Für die Beschäftigten“

Das Wahlprogramm der FPÖ sieht Entlastungen für Großkonzerne und Vermögende vor. Eine Regierung, die das Rekorddefizit sanieren muss, darf dies nicht nur durch Einsparungen bewältigen. Wir vertreten vier Millionen Beschäftigte und bewerten jede Regierung danach, was sie für die arbeitenden Menschen tut. Sparpakete, die vor allem die Beschäftigten treffen, lehnen wir ab. Frühere schwarz-blaue Regierungen haben mit der Zerschlagung der Gesundheitskasse oder dem 12-Stunden-Tag gezeigt, dass solche Koalitionen oft Nachteile für Arbeitnehmer bringen. Wir fordern Maßnahmen gegen Sozialbetrug und die missbräuch-

liche Nutzung von Insolvenzen, die redliche Betriebe und Steuerzahlende belasten. Ein zentrales Anliegen ist die Reform des Gesundheitssystems, ohne Kürzungen der Lohnnebenkosten, wie bei der AUVA. Altersgerechte Arbeitsplätze, Prävention und Sanktionen gegen Unternehmen, die ältere Menschen diskriminieren, sind ebenso notwendig, damit mehr Beschäftigte bis zum Pensionsantrittsalter gesund im Job bleiben können.

